

Absender Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung	Drucksachen-Nr. 249/2000
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.05.2000

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 27. 03. 2000 auf Überprüfung der Verkehrssituation an der Kreuzung der Schloßstraße / Nikolausstraße

Inhalt

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen haben am 27. 03. 2000 den Antrag gestellt, die Verkehrssituation an der Kreuzung Schloßstraße/Nikolausstraße/Schloßallee zu überprüfen.
Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Die Verkehrssituation an dieser Kreuzung stand bereits im Jahre 1996 zur Diskussion. Damals wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1996 6 Unfälle registriert. Bei 4 Unfällen wurde die Vorfahrt aus der Sackgasse der Schloßstraße kommend nicht beachtet.

Bei den am 05. 12. 1996 und 20. 02. 1997 durchgeführten Verkehrsbesprechungen wurden folgende Maßnahmen beschlossen und umgesetzt:

1. Austausch der Verkehrszeichen 205 StVO (Vorfahrt gewähren) gegen Zeichen 206 StVO (Halt! Vorfahrt gewähren!),
2. Aufbringung einer Haltlinie gem. Zeichen 294 StVO,
3. Aufstellung von Absperrpfosten auf der rechten Straßenseite in der Einmündung aus der Sackgasse kommend,
4. Anbringung einer Absperrkette.

Die v.g. Maßnahmen haben sich positiv auf die Unfallsituation ausgewirkt.

In den Jahren 1998 und 1999 sind insgesamt 9 Unfälle, davon 4 Vorfahrtsunfälle, aufgetreten. Die

angeforderte Unfallaufstellung der Kreispolizeibehörde ist als Anlage beigefügt.

Die Örtlichkeit wurde nach Eingang des Antrages durch die Kreispolizeibehörde und die Straßenverkehrsbehörde überprüft. Das auf der rechten Seite stehende STOP Schild ist bereits von weitem gut sichtbar, das STOP Schild auf der linken Seite ist erst ca. 30 m vor der Einmündung sichtbar. Hier wird eine Sichtverbesserung hergestellt. Die etwas in die Einmündung vorhandene Haltlinie wird verändert, sodass sie näher an der Sichtlinie ist.

Bezüglich des Vorschlages, dass STOP Zeichen auf der Fahrbahn zu markieren, weist die Straßenverkehrsbehörde in Absprache mit der Polizei darauf hin, dass solche Plastikmarkierungen zu einer Rutschgefahr für den Zweiradverkehr führen. Deshalb haben die Zweiradverbände in der Vergangenheit darum gebeten, solche unfallträchtigen Markierungen nicht vorzunehmen.

Die Straßenverkehrsbehörde möchte zunächst die vorgeschlagenen Maßnahmen durchführen und dann gemeinsam mit der Polizei und dem Träger der Straßenbaulast die Kreuzung beobachten. Falls sich dann neue Probleme ergeben, so müsste über ergänzende Maßnahmen nachgedacht werden.

Auf die vorgeschlagene STOP Markierung möchte die Straßenverkehrsbehörde derzeit verzichten.